POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE SEPTEMBER 2021 | 17. JAHRGANG



Für die Kleinen... - Kinderfest am Schlaatz

Liebe Kinder, am Weltkindertag, dem 20. September, laden wir Euch zum Kinderfest auf dem Stadtplatz am Schlaatz ein. Toben, Spielen, Träumen ab 14 Uhr, mit Kletterberg und Kinderschminken, Clownerie und Popcorn. Natürlich dürft Ihr auch gern Eure Eltern und Großeltern mitbringen. Sie werden sich garantiert nicht langweilen. Euer Norbert Müller



Sommerfest der Potsdamer LINKEN

Trotz Corona hat DIE LINKE am 21. August 2021 wieder zum traditionellen Sommerfest in den Neuen Lustgarten eingeladen. Es stand ganz im Zeichen des Wahlkampfes zur Bundestagswahl.

SEITE 3



Gute Rente, gutes Leben

"Die Rente ist sicher, wenn wir sie sicher machen. Eine sichere Rente kann erreicht werden, in dem man alle Einkommen vollständig für die Rentenbeiträge einbezieht. Dann ist Spielraum für höhere Renten, eine Mindestrente von 1.200 Euro und eine Absenkung des Renteneintrittsalters auf wieder 65 Jahre", betont unsere Spitzenkandidatin Janine Wissler. Forderungen unserer Partei.

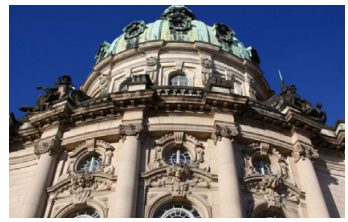
SEITE 4



Schnelle Hilfe für Afghanistans Bevölkerung

Nach fast 20 Jahren Intervention stehen Bundeswehr und NATO vor einem Scherbenhaufen. DIE LINKE hat von Anfang die Beteiligung der Bundeswehr am Militäreinsatz in Afghanistan kritisiert und abgelehnt.

SEITE 7



„Die Zeitung in der Zeitung"

Der „Rathausreport", das alternative Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam, erscheint auf vier Innenseiten – eine Zeitung also in der Zeitung. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe: die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. August 2021.

SEITEN I – IV



NORBERT MÜLLER BEIM WAHLKAMPFAUFTAKT

Weil Veränderung wählbar ist!

Am 26. September entscheiden Sie, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt. Als LINKE treten wir an, um unser Land gerechter, nachhaltiger und friedlicher zu machen: 13 Euro Mindestlohn, kostenfreier öffentlicher Nahverkehr, Mietendeckel, friedliche Außenpolitik und eine Steuerreform, von der alle mit einem monatlichen Bruttogehalt bis 6.500 Euro profitieren.

Ob in Regierung oder Opposition, DIE LINKE ist der einzige Garant für sozialen Ausgleich. Die Alternative zu Armin Laschet heißt nicht Scholz oder Baerbock. Union und SPD stehen gemeinsam für eine Kontinuität der herrschenden Politik: Skandale, käufliche Abgeordnete und mangelnde Fachkompetenz. Die Grünen sind dank ihrer Beliebigkeit selbst für eine Regierung mit CDU und CSU offen.

Gegen Armut und Klimawandel helfen nur mutige Entscheidungen. Wir müssen jetzt handeln, für Ausgleich sorgen, eine nachhaltige Ökonomie entwickeln und für eine solidarische Zukunft streiten. Dafür steht DIE LINKE. Dafür braucht es jede Stimme!

Ihre Erststimme für Norbert Müller, Ihren engagierten und verankerten Abgeordneten aus Potsdam und Ihre Zweitstimme für eine starke Linksfraktion im nächsten Deutschen Bundestag.

Jetzt ist die Zeit für Veränderung!

„Trotzdem oder deshalb legt [DIE LINKE] einen Gegenentwurf zu den anderen Parteien vor: Sie wollen eine »sozial gerechte Klimawende«, die schneller aus den Fossilen aussteigt. Dafür planen sie große Investitionsprogramme [...],

taz

zum Wahlprogramm von: DIE LINKE.

Quelle: taz.de »Klimapolitik der Linken: Revolution ohne höheren CO2-Preis«, 20. 6. 2021

„Erstaunlich ist, wie konkret DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm wird. Bei der Einkommenssteuer verspricht sie eine Entlastung für alle Menschen, die weniger als 6500 Euro brutto im Monat verdienen – und stellt sehr deutlich dar, wie sie das machen will.

DER SPIEGEL

zum Wahlprogramm von: DIE LINKE.

Quelle: Wahlprogramme der Parteien – steht ja doch was drin! 28.06.2021, 19.12 Uhr



STÄNDE AUF DEM SOMMERFEST

Sommerfest der Potsdamer Linken

Am 21. August hatte DIE LINKE.Potsdam alle Bürgerinnen und Bürger zu ihrem alljährlichen Linken Sommerfest in den Potsdamer Lustgarten eingeladen. Nach dem es im vergangenen Jahr leider ausfallen musste, wurde in diesem Jahr die Tradition wieder aufgegriffen.

Das diesjährige Sommerfest stand ganz im Zeichen des Wahlkampfs zur Bundestagswahl in der Landeshauptstadt. Sowohl der Potsdamer Direktkandidat Norbert Müller als auch die Landtagsabgeordneten Isabelle Vandre und Marlen Block standen den Wählerinnen und Wählern Rede und Antwort. Dabei wurden sie von der Bundesvorsitzenden Janine Wissler, die um 18.00 Uhr zu den Anwesenden sprach, unterstützt.

Ab 13.00 Uhr startete das Programm mit einem bunten Kinder- und Familienfest, mit Bungeetrampolin, Kletterberg, Ponyreiten und vielfältigen Angeboten zum Mitmachen. Auf der Bühne begleiteten das Liedermacher-Duo „Gehirn mit Reis“ und die Band „Griffelwerk“ das politische und satirische Nachmittagsprogramm.

Auch der Autor Florian Ludwig las aus seinem Buch “Brandenburg muss brennen, damit wir grillen können”. Selbstverständlich gab es auch wieder ein buntes Rahmenprogramm. Auf dem Markt der Möglichkeiten stellten sich verschiedene Initiativen und Verbände vor. Bei der beliebten Tombola konnten auch in diesem Jahr tolle Preise gewonnen werden. Und für das leibliche Wohl war natürlich auch wieder gesorgt.

Wie immer gehörte der Abend dem „Red Summer“. Den Anfang machte die Potsdamer Punkband NOXe. Zwischen Punk und Anarchoswing, Garage, Surf und Riotsoul warfen die vier kritische Blicke auf Mensch und Gesellschaft, bohrten Rhythmen und Riffs in Köpfe und Bäuche.

Im Anschluss spielte die Berliner Punkband Lulu & Die Einhornfarm. “Laute Musik mit schlechten Texten über äh alles was Untenrum so möglich ist.”, wie die Band von sich selbst schreibt.

Den Abschluss des diesjährigen Sommerfestes bildete der Auftritt der Hamburger Ska-Punk-Band Rantanplan. Wer auf gutgemachte Rockmusik mit intelligenten Texten und charmanten Bläsersätzen steht kommt an der Band längst nicht mehr vorbei. Live und ehrlich von der Seele gebrüllt.

Gemäß der Brandenburgischen Corona-Verordnung fand das diesjährige Sommerfest unter angepassten Hygiene-Vorschriften statt. Das hieß Einhaltung des Mindestabstands und das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes. Auch wenn der Eintritt grundsätzlich für alle frei war, wurde der Zugang nur genesenen, geimpften oder getesteten Personen gewährt. Ein Schnelltest war Vorort möglich.

Janine Wissler in der heißen Wahlkampfphase

Janine Wissler, Spitzenkandidatin der LINKEN, startete am 18. August in die heiße Wahlkampfphase.

Geplant sind 60 Wahlkampftermine in 48 Orten im gesamten Bundesgebiet.

Am 21. August war sie bereits auf unserem Potsdamer Sommerfest. Am Schluss ihrer Wahlkampftour wird sie wieder nach Potsdam kommen.

Also vormerken: Sonnabend, 25. September 2021, 17.00 Uhr, Janine Wissler auf dem Steubenplatz in Potsdam!



LUTZ BOEDE SAMMELT UNTERSCHRIFTEN FÜR DAS VOLKSBEGEHREN.



NORBERT MÜLLER & JANINE WISSLER AUF DEM SOMMERFEST.

Soziale Sicherheit: Was DIE LINKE fordert.

Soziale Sicherheit gibt uns Rückhalt: Wissen, dass wir von unserer Arbeit gut leben können, dass wir nicht am Rande eines Abgrunds leben, dass die Zukunft planbar und lebenswert ist. Dafür brauchen wir: Sichere Arbeit mit guten Löhnen. Öffentliche Dienstleistungen und Institutionen, die gut aufgestellt sind: ob Kita, Schule oder Universität, bezahlbares Wohnen, gute Pflege und Gesundheitsversorgung. Und es braucht Sozialversicherungen – gegen Erwerbslosigkeit, Krankheit, für die Altersvorsorge – mit denen wir den Lebensstandard halten können und die sicher vor Armut schützen. Nur wenn wir uns nicht dem Markt ausgeliefert fühlen und niemand Angst vor sozialem Ausschluss haben muss, sind wir wirklich frei.

Deutschland ist eins der reichsten Länder der Welt mit stetig wachsender Wirtschaftsleistung und hohen Gewinnen. Trotzdem kommen diese Gewinne längst nicht allen in der Gesellschaft zugute. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen haben im Vergleich zu vor 20 Jahre weniger, ihre Einkommen sind gesunken. Die Gewinne vermehren zunächst mal die Vermögen der Besitzenden, während wir übrigen bei unserer Arbeit zunehmendem Druck ausgesetzt und schnellerer von Armut bedroht sind. Was für alle da ist – öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken, Versorgung, Wohnen, Energieversorgung – ist privatisiert worden und wurde dadurch teuer, der Service schlechter. Doch kein Kind soll den Geburtstag der Schulfreunde meiden, weil den Eltern das Geld für ein Geschenk fehlt. Mit einem Mangel an Geld werden die Möglichkeiten sozialer und politischer Teilhabe geringer. Doch eine Demokratie nur für Bessergestellte ist keine Demokratie.

Deswegen wollen wir die Einrichtungen in der Gesellschaft ausbauen, die alle brauchen und die von allen genutzt werden können: öffentliche Krankenhäuser, Schulen, Nahverkehr, Schwimmbäder und Sporthallen. Dazu gehören auch die Sozialversicherungen, die Arbeitslosenversicherung und die gesetzliche Rente.

Daher fordern wir:

•Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.200 Euro statt Hartz-IV

•Die Arbeitslosenversicherung muss den Lebensstandard sichern: Arbeitslosengeld I soll länger gezahlt werden und mehr Beschäftigte sollen Anspruch darauf haben.

•Eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von rund 630 Euro, die die Lebenschancen aller Kinder sichert.

•Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen: Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die gute, tariflich bezahlte Arbeitsplätze schafft statt Niedriglöhne zu fördern.

Gute Rente, gutes Leben!

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Durch die Rente erst ab 67 können wir erst später ohne Abschläge in Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente gehen: Damit wird ihre Rente noch mal drastisch gekürzt!

Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner landen. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht. Das muss dringend geändert werden!

Solidarische Mindestrente statt Altersarmut

Wir wollen diese Entwicklung umkehren! Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen. Das Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wieder hergestellt werden. Das bedeutet: 122 Euro netto mehr im Monat für einen »Standardrentner«.

Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt.

DIE LINKE fordert:

1. Lebensstandard sichern: Sicherungsniveau von 53% – das sind 130 Euro mehr für den »Durchschnittsrentner«.

2. Schluss mit Altersarmut: Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro, niedrige Löhne in der Rente aufwerten, das sind z.B. 270 Euro mehr Rente für eine Verkäuferin.

3. Statt Arbeiten bis zum Umfallen: Ab 65 abschlagsfrei in die Rente sowie mit 60 Jahren bei 40 Beitragsjahren.

4. Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

5. Die Beitragsbemessungs-Grenze wollen wir vereinheitlichen, dann in mehreren Schritten drastisch anheben und schließlich aufheben. Wer ein Gehalt von 10.000 Euro und mehr im Monat hat, muss auch für 10.000 Euro und mehr Beiträge zahlen.



6. Die Beschäftigten dürfen nicht den Risiken auf dem Kapitalmarkt ausgesetzt werden: Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter »Zielrenten« aus der Haftung zu entlassen.

7. Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltpunkte – das sind zurzeit über 90 Euro sogenannter »Mütterrente« – auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, in Ost oder West geboren wurde.

8. Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen sollen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

9. Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Wir fordern eine zügige Angleichung an das Westniveau

10. Wer durch die Arbeit krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu fürchten haben: Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die Abschläge wollen wir streichen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe September

22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. August 2021

Stadtverordnete fordern Bekenntnis zum Grundrecht auf Wohnen



In der Stadtverordnetenversammlung im Mai bekannte sich die SVV auf Antrag der Fraktion DIE LINKE per Antrag (Drs. 21/SVV/0448) zur Aufnahme des Grundrechts in die Landesverfassung und ins Grundgesetz. Der Antrag beinhaltete auch den Wunsch nach einer Positionierung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestagswahlkreis Potsdam, wie sie zur Einführung eines Grundrechts auf Wohnen stehen.

In der Juni-Sitzung der SVV erklärte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg an, dass die Kandidaten angeschrieben würden. Hier ist die Antwort von Norbert Müller, Kandidat der LINKEN:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, im Stadtverordneten-Beschluss vom 05.05.2021 sind die Bundestagskandidat:innen dazu aufgefordert worden, Stellung dazu zu beziehen, wie sie zur Einführung eines Grundrechts auf Wohnen stehen. Ein diesbezügliches Schreiben der Stadt hat mich bisher leider nicht erreicht. Daher übermittle ich meine Positionen auf diesem Wege und bitte Sie, die SVV und ggf. die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis zu setzen. Als LINKE streiten wir seit Langem für ein im Grundgesetz verankertes Recht auf Wohnen. Davon versprechen wir uns würdige Lebensbedingungen auch für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Damit einher gehen für uns ein absoluter Kündigungsschutz für Menschen über 70 Jahre, chronisch Erkrankte und Alleinerziehende, selbst bei Eigenbedarfsmeldungen. In der Bekämpfung von Obdachlosigkeit wollen wir das Housing-First-Prinzip verankert sehen, das sicherstellt, dass wohnungslose Menschen zuerst eine Wohnung erhalten, um dann anschließende Hilfen zu gewähren. Die unwürdige Unterbringung von Geflüchteten, Wohnungslosen oder Saison- und Wanderarbeiter:innen in Massenunterkünften wollen wir beenden. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Daher begrüße ich auch ausdrücklich die diesbezügliche Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung. Für weitere Fragen der Stadtverordneten stehe ich selbstverständlich zur Verfügung. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit informieren.

Mit freundlichen Grüßen,
Norbert Müller

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamer:innen,

die Sommerpause ist vorbei – das merkt man nicht nur am Wetter. Auch der politische Wettbewerb nimmt Fahrt auf. Die Entscheidungen, die am 26. September zum neuen Bundestag fallen, werden sich ganz konkret auch auf die Lebensbedingungen in Potsdam auswirken. Denn die vielen Aufgaben einer wachsenden Stadt sind aus eigener Kraft nicht zu bewältigen. In welchem Umfang kommunale Unternehmen und Genossenschaften bezahlbaren Wohnraum errichten können, hängt ganz maßgeblich davon ab, mit welchen Rahmenbedingungen der Bund künftig sozialen Wohnungsbau fördert. Die Mietpreisspirale wird nur ein bundesweiter Mietendeckel wirksam stoppen können. Ein kommunales Krankenhaus, das seinen Mitarbeiter:innen gute Löhne zahlt, braucht einen grundlegenden Systemwechsel in der Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene. Die Digitalisierung unserer Schul- und Bildungslandschaft gelingt nicht mit einmaligen Corona-Hilfsprogrammen – sondern nur mit dauerhaftem Engagement, das dafür sorgt, dass das Tablet als kostenfreies Lernmittel für jede Schüler:in ebenso selbstverständlich wird wie das Mathebuch. Ob und wie schnell Potsdam Bus und Bahn ausbauen und alle Ortsteile gut anbinden kann, um so wichtige Voraussetzungen für eine autoärmere und lebenswertere Stadt zu schaffen, das hängt ganz wesentlich von entsprechenden Fördermitteln des Bundes ab. Und vom ticketfreien ÖPNV als Modell für die Zukunft haben wir dabei noch gar nicht geredet. Ob die „unbegrenzte“ Förderung des Garnisonkirchen-Projekts aus Bundesmitteln vielleicht doch gestoppt werden kann – auch darüber entscheiden Sie mit Ihrer Stimme am 26. September. All diese Fragen beschäftigen uns jeden Monat in der Stadtverordnetenversammlung – unsere Handlungsspielräume hängen vielfach von bundespolitischen Entscheidungen ab. Deshalb: nutzen Sie Ihre Stimmen am 26. September – und treffen Sie eine gute Entscheidung für Potsdam! Ich denke, meine Empfehlung kennen Sie ...

Herzliche Grüße,

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Gemeinsam die Stadt gestalten



Flächen für den Sport sind in Potsdam allgemein, aber vor allem im Potsdamer Norden, rar gesät und werden dringend benötigt. Seit über einem Jahr stehen Politik und Verwaltung im ständigen Austausch mit Vertretern der Potsdamer Kickers, die dringend weitere Flächen benötigen, mit Anwohnern des Volksparks, mit Naturschützern, mit Vertretern der Hyzernauts e.V, Hobbysportlern, Parkbesuchern und Vertreter:innen der BI Remisenpark erhalten.

Die Fläche, die für einen wettkampffähigen Sportplatz im Remisenpark vorgesehen ist, ist umstritten und wird heftig diskutiert, sowohl aus ökologischer Perspektive, als auch aus Sicht einer gefühlten Verkleinerung des Volksparks.

Um einen Ausgleich für alle Interessengruppen zu gewährleisten und zielführend einen Kompromiss aller Akteur:innen herzustellen, um den Bedarf an Sportflächen zu decken, haben wir uns weitere Flächen in der Nähe des Sportplatzes Kirschallee angeschaut.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir (LINKE, SPD, Grüne und CDU) einen Antrag vorgelegt, der eine alternative Fläche prüfen soll. Es freut uns, dass wir gemeinsam mit der Verwaltung und fraktionsübergreifend eine weitere mögliche Fläche für Sport gefunden haben. Die Realisierung dieser Sportfläche wäre ein großer Gewinn für unsere Stadt. Das war harte Arbeit, die sich am Ende gelohnt hat. Mein Dank gilt allen Beteiligten.

Sascha Krämer

Elternfrust - Teures Mittagessen in den Horten



Seit mittlerweile fast 2 Jahren sind wir am Thema Mittagessen in Betreuungseinrichtungen dran, doch noch immer gibt es Probleme bei der rechtskonformen Umsetzung: Hortkinder dürfen laut Brandenburger Kitagesetz nur einen Zuschuss zum Mittagessen zahlen (ca. 2€). In vielen Horten der Stadt wird das immer noch nicht umgesetzt und Eltern zahlen bis zu 4€ für ein Mittag und damit pro Kinder schnell um die 40€ im Monat zu viel. Für viele Eltern ist das nur schwer zu verstehen und gleichzeitig unfair – denn einige Horten setzen es bereits um, andere nicht. Die Zeppelingrundschule bspw. mit 2 angeschlossenen Horte hat einen der es richtig umsetzt und einen wo die Eltern kräftig draufzahlen.

Auf wiederholte Nachfrage in der SVV am 25.08. teilte Frau Aubel mit, dass die Stadt nach wie vor versucht auch den letzten Trägern bei der Umsetzung zu helfen, eine rückwirkende Erstattung jedoch unwahrscheinlich ist. Das ist enttäuschend, da die Rechtslage seit 2016 besteht und spätestens seit 2019 auch der Stadt bekannt ist. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wurde im September 2020 nach über einem halben Jahr Diskussion gar als „durch Verwaltungshandeln erledigt“ erklärt. Dieser Antrag hätte die Stadt und damit die Träger zur Umsetzung ab August 2020 verpflichtet. Die Eltern mit dem Pech, dass deren Kinder den falschen Hort besuchen, haben mittlerweile also weitere 400 bis 500€ ungewollt und falsch dem Staat geschenkt – mit nach wie vor ungewissem Ausgang.

Wir versprechen, dass wir dranbleiben, bis auch der letzte Träger in Potsdam die Kosten für das Mittag richtig abrechnet – damit es den Kindern schmecken kann und Eltern aufatmen können. Bis dahin können wir betroffenen Eltern nur empfehlen, ihren Träger parallel zur Stadt selbst zur rechtskonformen Umsetzung aufzufordern.

Kuratorium Stiftung Garnisonkirche gegen den Erhalt des Rechenzentrums

Ohne eine Vorwarnung hat das Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche am 18.Juni einen Beschluss zu Leitlinien für die Gespräche im Rahmen des Design Thinking- Prozesses gefasst. Das Kuratorium bekräftigt den Bau des Kirchturms als zentrales Ziel und bezeichnet eine überzeugende Nutzungsidee als zwingende Voraussetzung für Planungen zur Fläche des ehemaligen Kirchenschiffs. Zugleich äußert sich das Kuratorium zum Rechenzentrum und fordert die Beachtung der bis Ende 2023 befristen Nutzung. Weiter heißt es:

„Der Rückbau des Teils des Rechenzentrums, der auf dem Grundstück der Stiftung steht, hat danach zu erfolgen.“

Damit wird die offene Diskussion zum weiteren Vorgehen, einschließlich der Möglichkeit des Erhalts des Rechenzentrums, in Frage gestellt.

Da dieser Beschluss einstimmig, also auch mit Zustimmung von Oberbürgermeister Schubert gefasst wurde, hat die Linksfraktion eine Stellungnahme im Hauptausschuss eingefordert.

Auf konkrete Nachfrage hat sich der OB, trotz seiner Zustimmung im Kuratorium, für einen offenen Diskussionsprozess ausgesprochen, wofür wir ihn beim Wort nehmen werden.

Einstellung der Wirtschaftsförderung für Potsdam nicht hinnehmbar

Die Landeshauptstadt Potsdam soll völlig überraschend aus der Wirtschaftsförderung des Bundes im Rahmen des GRW-Programms herausgenommen werden. Damit soll Potsdam als einzige kreisfreie Kommune in Ostdeutschland aufgrund ihres guten Entwicklungsstandes keinen Anspruch und keinen Bedarf mehr an einer solchen Förderung haben. Der brandenburgische Wirtschaftsminister begründete diese Entscheidung, die offensichtlich auch vom Land mitgetragen wird, mit der Bemerkung, dass Potsdam stolz darauf sein könne, einen solchen Stand erreicht zu haben. Die Linksfraktion hat diese Entscheidung heftig kritisiert und den Oberbürgermeister aufgefordert, gemeinsam mit dem Hauptausschuss das Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium zu suchen. Dazu soll der Wirtschaftsminister in den Hauptausschuss eingeladen werden. Der Oberbürgermeister hat daraufhin diese Einladung ausgesprochen. Eine Antwort liegt bisher nicht vor. Die Linksfraktion macht sich dafür stark, dass die Stadt für eine Weiterführung der Förderung kämpft, denn die Fördermittel werden für die anspruchsvollen Entwicklungsvorhaben dringend benötigt. Beschluss des Kuratoriums der Stiftung Garnisonkirche gegen den Erhalt des Rechenzentrums

Auf konkrete Nachfrage hat sich der OB, trotz seiner Zustimmung im Kuratorium, für einen offenen Diskussionsprozess ausgesprochen, wofür wir ihn beim Wort nehmen werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Beschlossen

„Sport frei“ im Norden

Flächen für Sport sind in Potsdam allgemein, aber vor allem im Potsdamer Norden, rar gesät und werden dringend benötigt, betonen die Antragsteller Sascha Krämer und Tina Lange. Seit über einem Jahr stehen Politik und Verwaltung im ständigen Austausch mit Vertretern der Potsdamer Kickers, die dringend weitere Flächen benötigen, Anwohnern des Volksparks, mit Naturschützern, mit Vertretern der Hyzernauts e.V, Hobbysportlern, Parkbesuchern und Vertreter:innen der BI Remisenpark erhalten.

Die Fläche im Remisenpark ist umstritten und wird heftig diskutiert, sowohl aus ökologischer Perspektive, als auch aus Sicht einer gefühlten Verkleinerung des Volksparks. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die ehemalige Deponiefläche zwischen Kirschallee und Habichtweg geeignet ist, um das Defizit an Sportflächen in Bornstedt zu verringern und die Verbindung für den Fuß- und Radverkehr zwischen Kirschallee und Amundsenstraße zu verbessern.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen in der offene Werkstatt Remisenpark im Herbst 2021 mitdiskutiert werden.

Das Jagdschloss am Stern

Seit Jahren wird über die Entwicklung des Jagdschlosses Am Stern und insbesondere über die Sanierung des Kastellanhauses diskutiert. 2019 sind vom Bund erhebliche Mittel zur Unterstützung zugesagt worden. Leider ist seitdem kein sichtbarer Fortschritt zu verzeichnen, da eine verbindliche Abstimmung zwischen der Stadt und der Schlösserstiftung bisher nicht erreicht worden ist. Darauf weist Antragsteller Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hin und fordert den Oberbürgermeister auf, bis Ende 2021 eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des Umfelds des Jagdschlosses Am Stern als Naherholungsstandort insbesondere für die BewohnerInnen des Stadtteils Am Stern zu beauftragen. Dazu gehört vorzugsweise die zeitnahe Sanierung des Kastellanhauses in Verbindung mit gastronomischer Nutzung.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2021 über den Stand zu informieren.

Überwiesen

Eine „durchschnittliche“ Potsdamer Wohnung

Unter Einbeziehung von Wohnungsakteuren sollen Genehmigungskriterien sowie ein transparenter Kriterienkatalog für einen zeitgemäßen Ausstattungsstandard einer durchschnittlichen Wohnung für das gesamte Stadtgebiet Potsdam erstellt und geprüft werden, fordert Dr. Anja Günther in ihrem Antrag.

Die Information und Kommunikation zum Thema Soziale Erhaltungssatzung ist sehr wichtig, um die Akzeptanz und das Verständnis für das Instrument zu erhöhen und die Fähigkeiten des Instruments deutlich zu formulieren. Zielgruppen sind die Mieter*innen und deren Sensibilisierung für bauliche Aufwertungsmaßnahmen, die den üblichen Ausstattungsstandard überschreiten sowie die Eigentümer, denen vermittelt werden muss, was die Ziele der Sozialen Erhaltungssatzung sind und wie diese erreicht werden können.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß §172 Abs.1 Satz1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs (DS 20/SVV/0441) bis zum Jahresende 2021 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen. Parallel sind die entsprechenden Prozesse und Maßnahmen in der Verwaltung vorzubereiten, damit die Umsetzung der Satzung unmittelbar mit deren Inkrafttreten sichergestellt werden kann.

Städtische Beteiligung am HPBG

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbh (BKG) und vor dem Hintergrund der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, ob und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung die städtische Beteiligung der Stadt an der gGmbH aufzugeben und durch eine Projektförderung zu ersetzen wäre. Die Stadt ist seit Gründung der BKG als Minderheitsgesellschafter an der gGmbH beteiligt. Diese Beteiligung war ein wichtiger Schritt bei der Konstituierung der Gesellschaft. Mittlerweile hat sich die BKG etabliert und aus Landessicht immer weiter profiliert. Deshalb ist überlegenswert, die Beteiligung der Stadt als Mitgesellschafter zu überdenken und gegebenenfalls durch eine gezielte Projektförderung der Stadt zu ersetzen. Das sollte in einer Prüfung untersucht werden, fordern die Antragsteller Sascha Krämer und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende des Jahres vorzulegen.

Kommunale Flächen sozial-ökologisch nutzen

Keine Flächen, die für landwirtschaftliche Nutzung sowie für eine Gartennutzung nutzbar sind bzw. sein könnten, sollen verkauft werden. Entsprechend des städtischen Leitbildes ist Potsdam „eine ökologische Stadt, die sich für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz engagiert und die damit ihren „Anteil an der Verantwortung für die Welt“ übernimmt, darauf weist Dr. Anja Günther in ihrem Antrag hin.

Dieser Anspruch baut auf §14 Abs. 2 des Grundgesetzes auf, welcher lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

Der Landwirtschaft, gerade auf kommunalem Land, kommt somit eine besondere Verantwortung zu. Sie sollte, neben der Produktion von Nahrungsmitteln und der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen der Erbringung von Gemeinwohlleistungen dienen, v.a. der Humusspeicherung, dem Erhalt der Artenvielfalt, dem Schutz des Trinkwassererhalts etc.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Vermietung bzw. Verpachtung (Neuverpachtung und Pachtverlängerungen) kommunaler landwirtschaftlicher Flächen (Ackerland und Grünland) neu geregelt werden kann, mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen Flächen.

Dazu soll insbesondere eine Konzeptvergabe nach gemeinwohlorientierten Kriterien bei der Ausschreibung Förderung der Schaffung von sinnvollen Bewirtschaftungseinheiten, Flächentausch etc. geprüft werden.

Dabei sollen relevante Akteur:innen (wie z.B. NABU Fairpachten; ABL (Arbeitskreis Bäuerliche Landwirtschaft), FINC, Ökonauten e.G. etc.) beratend einbezogen werden.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) und dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) soll regelmäßig berichtet werden.

Fragen - Antworten

Radweg Kuhfortdamm

Der Radweg am Kuhfortdamm wird in naher Zukunft saniert werden, dies brachte der Stadtverordnete Jäkel von der Verwaltung in Erfahrung. Der wichtige Radweg neben dem Kuhfortdamm (Eiche/Golm) zwischen Lindenallee und dem Abzweig nach Golm vor der Bahnschranke wird im Herbst 2021 ausgeschrieben. Im kommenden Winter erfolgt die Bauvorbereitung gemeinsam mit der EWP (Regenwasserleitung). Im Frühjahr 2022 wird mit dem Bau begonnen. Der zweite Abschnitt bis zum Einsatzführungskommando der Bundeswehr folgt anschließend.

*Armutszeugnis für die Stadt: Schüler*innen-WLAN braucht noch 2 Jahre*

Erst 1 der 44 Potsdamer Schulen verfügt aktuell über ein Schüler*innen-WLAN. Die Installation an den anderen 43 dauert noch 2 Jahre – ein Armutszeugnis für Potsdam. Schulen haben sich auf den Weg gemacht Digitalisierung umzusetzen, haben während des Homeschoolings aufwendig Schulclouds eingerichtet, die auch danach den Unterricht unterstützen können und sollen. Und nun: Sind sie im Unterricht mangels Internetzugang unnutzbar. Wir bleiben dran, dass dieser Zustand schnellmöglich behoben wird.

Wie weiter mit dem Buga-Aussichtspunkt?

In der Kleinen Anfrage Drs. 21/SVV/0720 schrieb die Verwaltung, dass der Buga-Aussichtspunkt in der Feldflur nur eine der sanierungsbedürftigen Grünanlagen und Spielplätze in der Landeshauptstadt ist und es derzeit geprüft wird, ob und wann die Terrasse wieder in den ursprünglichen Zustand hergestellt werden kann oder ob sie umgestaltet oder rückgebaut wird? Daher fragte der Stadtverordnete Krämer nach dem Kostenvergleich zwischen Sanierung und Rückbau der Terrassen. Die Instandsetzung würde 35.400 Euro, der Rückbau etwa 52.000 Euro kosten. Das sagte Baudezernent Bernd Rubelt. Saniert werde voraussichtlich im kommenden Jahr.

Der Alte ist der Neue.

Burkhard Exner erneut zum Finanzbeigeordneten gewählt

Zum insgesamt 4. Mal wählten die Potsdamer Stadtverordneten Burkhard Exner in ihrer Sitzung am 25. August nach inzwischen bereits fast 19 Amtsjahren zum Bürgermeister und Beigeordneten für Finanzen der Landeshauptstadt. Exner erzielte auf Anhieb 30 Stimmen und wurde damit bereits im 1. Wahlgang bestätigt.



FOTO: JAN BRUNZLOW

Im Juni, unmittelbar vor der Sommerpause, hatte der Oberbürgermeister die Fraktionen informiert, dass er der Stadtverordnetenversammlung im August die Wiederwahl von Burkhard Exner für eine weitere Amtszeit als Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen vorschlagen werde. Die aktuelle Amtszeit endet nach acht Jahren am 31.12.2021.

Die Kommunalverfassung weist das Vorschlagsrecht dem Oberbürgermeister zu und sieht auch den Verzicht auf Ausschreibung vor. Dennoch hätte sich die Fraktion eine offene Diskussion über dieses Vorgehen gewünscht. Diese Kritik war Thema in den Vorab-Gesprächen mit Mike Schubert.

Den Gesprächen mit dem OB und Herrn Exner in der Fraktion folgten mehrere Diskussionen, in denen das Für und Wider einer erneuten Wahl von Herrn Exner abgewogen wurde.

Burkhard Exner hat sich um die Haushaltsführung der Stadt unter den verschiedensten Bedingungen verdient gemacht. Er ist fachlich versiert, akkurat und berechenbar. Es gab über die Jahre aber auch immer wieder Kritik an seiner Amtsführung. In deren Zentrum stand u.a. mangelnde Transparenz in der Haushaltsführung, immer wieder verspätete Jahresabschlüsse und eine daraus resultierende fehlende Souveränität der Stadtverordneten in Haushaltsfragen. Hier sieht DIE LINKE dringenden Änderungsbedarf.

In einem Schreiben an Herrn Exner formulierten die Mitglieder der Fraktion deshalb Erwartungen an seine künftige Amtsführung. Die wichtigsten Punkte sind: der Rückstand bei der Vorlage von Jahresabschlüssen muss zügig abgebaut werden; keine Geheimniskrämerei um die tatsächliche Finanzlage der Stadt mehr; größere Haushaltstransparenz insbesondere auch für Bürger:innen und zivilgesellschaftliche Akteure; konsequente Ausrichtung der Haushaltspolitik an vereinbarten Grundsätzen und Schwerpunkten. Das sind das Leitbild der Stadt und dabei besonders die Bereiche Klimaschutz, ÖPNV, Kinder, Jugend und Familie, Bodenpolitik. Vor allem für diese Bereiche wurde vereinbart, keine Mittelreduzierungen zuzulassen.

Gefordert wird auch, dass künftig das Primat politischer Entscheidungen klar akzeptiert wird. Die Verwaltung ist gefordert, alle Informationen bereitzustellen, auf deren Grundlage die Stadtverordneten fundiert die politischen Entscheidungen treffen können. Eine Informationspolitik, die Entscheidungen einseitig im Sinne der Verwaltung begünstigt, ist nicht hinnehmbar. Die Fraktion setzt sich dafür ein, dass Beschlüsse der SVV künftig verbindlicher umgesetzt werden müssen. Das bedeutet auch, dass Mittel für konkret beschlossene Projekte tatsächlich bereitgestellt werden und rechtzeitig signalisiert wird, wenn sich Probleme bei deren Umsetzung ergeben. Die Vertiefung einer am Leitbild der Stadt strategisch orientierten Haushaltsplanung ist eine wesentliche Aufgabe für die Zukunft.

DIE LINKE. wird die Arbeit von Burkhard Exner gewohnt konstruktiv begleiten und sehr darauf achten, dass die von der Fraktion formulierten politischen Ansprüche Bestandteil seiner Amtsführung werden.

Dr. Sigrid Müller, Fraktionsvorsitzende

Termin für telefonische Bürgersprechstunde September

Dr. Sigrid Müller
27.09.2021
10 – 12 Uhr
TEL.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
14.09.21
16 – 18 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25

22.9.2021
15 Uhr
23. Stadtverordnetenversammlung

Fraktionssitzung

06.09.2021
18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107

13.09.2021
18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107

20.09.2021
18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107

27.09.2021
18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.



Wahlkampf ist, wenn wir ihn selber machen!

Radiospots und Videoclips produzieren, Plakate und Großflächen gestalten und aufstellen, Haustürgespräche, Pressearbeit, Zeitungen schreiben und verteilen, kleine und große Veranstaltungen organisieren – das sind einige der Aufgaben, die ein Wahlkampf bereit hält. Als Potsdamer LINKE haben wir für all das keine teuren Werbeagenturen in der Hinterhand. Von welchem Geld sollten wir das auch bezahlen? Nehmen wir doch als einzige Partei im Bundestag keine Unternehmensspenden an. Dennoch sind wir reich: reich an aktiven Mitgliedern, reich an Ideen, reich an Sympathisant:innen in allen Teilen der Stadtgesellschaft.

Dass wir keinen Wahlkampf wie alle anderen machen, merken auch die Potsdamerinnen und Potsdamer. Wenn Sie im Plausch mit unserem Kandidaten Norbert Müller sind, wenn sie auf offene Ohren statt auf faule Ausreden stoßen. Als Mitgliederpartei stehen uns Türen offen, die bloßen Wahlvereinen mit dicken Unternehmensspenden verschlossen bleiben. Egal ob im Sportverein, beim Jugendhilfeträger oder im Seniorenbeirat, unsere Mitstreiter:innen stellen vielfältig unter Beweis, dass Parteizugehörigkeit kein Selbstzweck ist, sondern gesellschaftliche Veränderung zum Ziel hat. In Zeiten des Wahlkampfes setzen wir die vielfältigen Alltagserfahrungen um, gestalten und diskutieren gemeinsam, mit Respekt nach innen und nach außen und vor allem mit jeder Menge Freude. Wenn auch Du Lust auf so einen Haufen Gleichgesinnter hast, bring Dich ein, komm rum und bewirke Veränderung.



Termine zur Bundestagswahl

Sonnabend, 11.09.2021
15:00 – 21:00 Uhr
Bandproberaum - Platz der Einheit

Mittwoch, 15.09.2021
09:30 – 11:00 Uhr
Gerechtigkeitstour - Platz der Einheit
13:00 – 15:00 Uhr
Gerechtigkeitstour - Havel-Nuthe-Center
17:00 – 18:00 Uhr
RZ Demo - Rechenzentrum

Sonntag, 19.09.2021
10:00 – 18:00 Uhr
Umweltfest - Volkspark Potsdam

Montag, 20.09.2021
14:00 – 18:00 Uhr
Kinderfest Schlaatz - Schilfhof

Freitag, 24.09.2021
12:00 – 15:00
Uhr FFF Demo #AlleFürsKlima mit Kandidat:innentalk - Alter Markt

Sonnabend, 25.09.2021
17:00 – 20:00
Uhr Wahlkampfabschluss - Steubenplatz

Sonntag, 26.09.2021
ab 17:00 Uhr
Wahlparty - t.b.a.

Allen ein gutes Zuhause sichern

Eine gute Wohnung für jeden sollte in unserem reichen Land selbstverständlich sein. Doch die Mieten sind in vielen Städten explodiert. Die Einkommen sind nicht im gleichen Maße gestiegen. Wohnungen werden immer häufiger Spekulationsobjekt und sind für viele Menschen kaum noch bezahlbar. Wir brauchen einen grundlegenden Richtungswechsel: Einen bundesweiten Mietendeckel und sozialen Wohnungsbau, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Wohnungen sind das Zuhause von Menschen, keine Geldanlage.



Kehrtwende in der Mietenpolitik

Die Mietpreise haben sich innerhalb eines Jahrzehnts verdoppelt. Selbst Menschen mit durchschnittlichem Einkommen finden nur noch schwer bezahlbare Wohnungen. Auch Kitas, Geschäfte und Kneipen werden verdrängt. Eigentümer und Investoren versuchen, immer mehr Geld aus ihren Immobilien zu pressen. Städtischer Raum wird zum Vorrecht für Wohlhabende, während Pflegekräfte, Mechanikerinnen und Busfahrer verdrängt werden.

Es fehlen mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen. Der Grund für die Mietenexplosion ist nicht einfach, dass es zu »wenige Wohnungen« gibt, und die Lösung ist nicht einfach »bauen, bauen, bauen« – die Bevölkerung ist nicht sprunghaft gewachsen.

Fast zwei Millionen Wohnungen stehen leer, weil reiche Leute und Immobilienfonds sie als Wertanlage gekauft haben und auf steigende Preise spekulieren.

Gebaut wird vor allem im Luxussegment, denn dort winken saftige Profite. Private Unternehmen bauen kaum Wohnungen für Verkäufer*innen und Postboten, denn die verdienen zu wenig um mit ihren Mieten hohe Gewinne zu finanzieren. Bezahlbare Wohnungen wurden in den letzten Jahren nur mit öffentlicher Förderung, von öffentlichen Unternehmen oder von Genossenschaften gebaut. Und dennoch fallen jedes Jahr deutlich mehr Sozialwohnungen weg als neue gebaut werden, denn die Preisbindung öffentlich geförderter Wohnungen gilt oft nur für 15-20 Jahre.

Die letzten Bundesregierungen haben gegen diese Entwicklung kaum etwas getan. Sie haben den sozialen Wohnungsbau heruntergefahren, Wohnraum privatisiert sowie Städte und Gemeinden zur Spekulation freigegeben und die Rechte von Mieter*innen geschwächt. Die Mietpreisbremse ist durch viele Ausnahmen wirkungslos. Doch wir können Wohnungen wieder gemeinnützig machen und allen ein gutes Zuhause sichern.

Bezahlbares und ökologisches Wohnen ist ein Grundrecht!

Seit 2015 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Brandenburg halbiert, von 51.673 auf 24.850 im Jahr 2019. Das bedeutet, dass es für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen immer schwieriger wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Aktuell plant die Landesregierung, die Förderung für den sozialen Wohnungsbau zu überarbeiten. Mit meinem Antrag im ersten Plenum nach der Sommerpause schlug ich als wohnungspolitische Sprecherin einen dezidiert sozial-ökologischen Fokus für die Überarbeitung vor. Hier geht es um nicht weniger als die Frage, wie die Brandenburger:innen in Zukunft wohnen können.

Zunächst ist wichtig, dass die Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau im neuen Haushalt mindestens in gleicher Höhe wieder eingestellt werden – hier darf nicht gespart werden! Zudem muss die Mietpreis- und Belegungsbindung geförderter Wohnungen auf mindestens 30 Jahre verlängert werden. Die Zahl der Sozialwohnungen schwindet aktuell deshalb, weil die Bindungsfristen ablaufen und die Wohnungen so an den freien Wohnungsmarkt verloren gehen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Konditionen zur Inanspruchnahme der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau für Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und gemeinwohlorientierte Bauherr:innen verbessert werden. Außerdem brauchen wir eine eigene Förderschiene für den studentischen Wohnungsbau, denn Studierende leiden massiv unter dem angespannten Mietmarkt. In Zeiten der Klimakrise ist es außerdem elementar, dass die Wohnungspolitik sich an ökologische Mindestanforderungen hält. Der Abriss des Staudenhofes in Potsdam ist ein gutes Beispiel, was stadtpolitisch passiert, wenn diese Grundsätze nicht gelten: statt ihn nachhaltig und sozial verträglich zu sanieren, wird er abgerissen, um Platz für einen ressourcenaufwändigen Neubau zu schaffen. Wir fordern Richtlinien für die Minimierung des Flächenverbrauchs und der Bodenversiegelung, sowie darum, für lokale Versorgung mit erneuerbarer Energie und Wärme zu sorgen. Außerdem wollen wir Anreize für klimaschonendes Bauen geschaffen, beim Neubau ist auf die zur Verwendung nachwachsender und recycelter Baustoffe zu achten.

Die Ablehnung des Antrages durch den Landtag macht deutlich: die Landesregierung wird an ihren nur kosmetischen Korrekturen der Förderrichtlinien festhalten. Damit beweist sie ein ein weiteres Mal, dass sie keine soziale und ökologische Wohnungsbaupolitik im Sinne der Mieter:innen im Sinn hat.

Isabelle Vandre (MdL)

Verantwortung & Humanität

Hunderte Menschen haben am 16 August 2021 in Potsdam an einer Kundgebung für eine humanitäre Luftbrücke aus Afghanistan teilgenommen. Sie hielten am Landtag Plakate mit Aufschriften wie “Verantwortung & Humanität statt Bürokratie”, “Save Afghanistan” und “Luftbrücke jetzt”. Der Kreisvorsitzende der LINKEN. Potsdam, Roland Gehrmann, die die Kundgebung organisiert hatten, sprach von etwa 500 Teilnehmern.

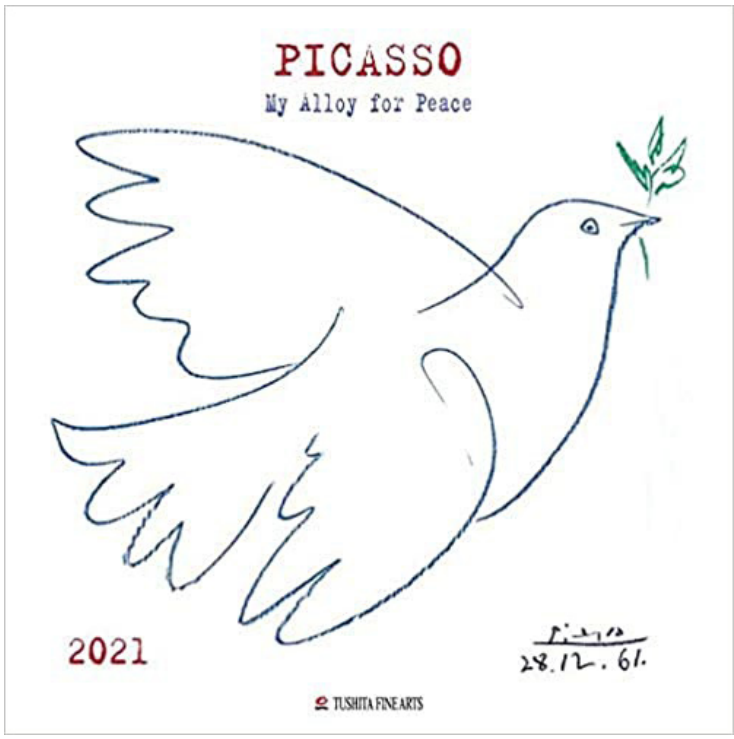


AFGHANISTAN-DEMO VOR DEM LANDTAG

In den Redebeiträgen ging es unter anderem um die unsichere Lage im Land schon vor der Machtübernahme durch die Taliban und die Forderungen, Abschiebungen von Deutschland nach Afghanistan dauerhaft auszusetzen - und eine schnelle Ausreise Bedrohter von Afghanistan nach Deutschland zu ermöglichen.

Viele Menschen zeigten sich auch in Potsdam besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. den USA und Russland. Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um knappere Ressourcen und Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. In den Ländern, in denen der Krieg gegen den Terror geführt wurde und wird hat er die bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum geschwächt, andere Gruppen wie den Islamischen Staat überhaupt erst stark gemacht. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und hat Macht und Einfluss auf diese Entwicklungen. Im Weißbuch der Bundeswehr wird der Anspruch erhoben, die globale Ordnung – auch militärisch – aktiv mitzugestalten, vor dem Hintergrund der »wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung« Deutschlands.

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten.



Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. 82 Jahre später, am Weltfriedenstag 2021 gedenken wir den Opfern von Krieg und Gewalt. Für DIE LINKE ist der weltweite Kampf um den Frieden noch immer zentral. Nur wir holen alle Bundeswehrsoldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurück!

In diesen Wochen sehen wir das kollektive Scheitern des NATO-Krieges „gegen den Terror” in Afghanistan. Es bleibt ein kaputtes Land: 240.000 Tote, 5,5 Millionen Flüchtlinge und eine unangefochtene Herrschaft der Taliban, bewaffnet mit modernsten, oftmals deutschen Waffen.

Nur einen Tag nach dem Beschluss des Bundestages über das “robuste” Mandat, ging der letzte Flug heraus aus Kabul. Die Evakuierung war ein einziges Desaster. Zehntausende konnten das Land nicht mehr verlassen und sind nun sich selbst überlassen. Stattdessen flog die Bundeswehr 22.500 Liter Bier, Wein und Sekt aus. Afghanen, die nach Tadschikistan und Pakistan geflohen sind, brauchen jetzt legale Einreisemöglichkeiten. Deutschland und der Westen hat die Pflicht, sich dieser Menschen anzunehmen!

Die von der Bundesregierung genehmigten Rüstungsexporte erreichten mit 22,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode neue Rekordwerte. Darunter auch Kleinwaffen von Heckler & Koch, die nun im Besitz der Taliban sind. Es bleibt eine alte Wahrheit: jede Waffe findet ihren Krieg. DIE LINKE wird das Geschäft mit dem Tod verbieten! Aus Deutschland sollen keine Waffen mehr exportiert werden. Stattdessen braucht die Welt Abrüstungsvereinbarung mit dem Ziel, die Rüstungsausgaben jährlich um 10 Prozent zu senken.



Das 6 Jahre Kultur- / 50 Jahre Rechenzentrum-Programm



1971, vor 50 Jahren wurde das Rechenzentrum (Zentrum für Datenverarbeitung) fertig gestellt, seit dem 1. September 2015 ist es als Kulturzentrum in Betrieb. 6 Jahre später wurde das natürlich gefeiert. Mit einem Programm über mehrere Tage - Workshops, Lesungen, Konzerte und mehr. Unser Foto: „Der Mensch bezwingt den Kosmos“: Mosaik von Fritz Eisel am Rechenzentrum Potsdam.

15. Potsdamer Nachwuchswissenschafts-Preis ausgeschrieben

Am 26. November soll im Rahmen des Einsteintages der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften auch der mit 5.000 Euro dotierte 15. Potsdamer Nachwuchswissenschafts-Preis vergeben werden. Bis zum 17. September können für diesen Bewerbungen im Büro des Oberbürgermeisters eingereicht werden.

FABIAN ODER DER GANG VOR DIE HUNDE gewinnt

CLIO 2021 – Preis für den besten Film zu einem historischen Thema

Bereits zum vierten Mal wird damit in diesem Jahr ein herausragendes Werk der aktuellen Filmproduktion zu einem historischen Thema von moving history – Festival des historischen Films Potsdam mit der CLIO ausgezeichnet.

Die feierliche Preisverleihung am 24.09.2021 beginnt um 17:30 Uhr im Filmmuseum Potsdam. Ab 18:00 Uhr wird die CLIO in Anwesenheit des Regisseurs Dominik Graf im Kino des Filmmuseum Potsdam übergeben.

Der Film hatte im Wettbewerb der diesjährigen Berlinale Premiere und ist eine Adaption des Romans von Erich Kästner. Er spielt im Berlin der 1930er Jahre am Ende der Weimarer Republik; die Weltwirtschaftskrise und der nahende Nationalsozialismus lassen die Lebensverhältnisse prekär werden; Liebe und Freundschaft gehen buchstäblich »vor die Hunde«. Kästners Roman galt den Nationalsozialisten bald als »entartet« und fiel den Bücherverbrennungen zum Opfer.

Der mit 5.000 Euro dotierte Filmpreis, die CLIO, wird 2021 von der Landeshauptstadt Potsdam, Creative City of Film gestiftet. Die Preisverleihung ist eine Veranstaltung des moving history – Festival des historischen Films Potsdam e.V. in Kooperation mit der Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF und wird gefördert durch das Medienboard Berlin-Brandenburg. Partner sind das Brandenburgische Zentrum für Medienwissenschaften (ZeM) und das Filmmuseum Potsdam.

Rechenzentrum retten: Antrag auf Denkmalschutz gestellt

Wie kaum ein anderer Ort spiegelt das Rechenzentrum die wechselvolle Potsdamer Geschichte wider. Dennoch ist es nach wie vor vom Abriss bedroht. Um das Gebäude als Ort von Kultur und Zivilgesellschaft zu retten, haben Norbert Müller und Stefan Wollenberg nun die Unterschutzstellung des Gebäudes beantragt.

„Die architektonischen Brüche am Plantagenensemble insgesamt und am Gebäude des Rechenzentrums im speziellen stehen sinnbildlich für städtebaulichen Brüche in Potsdam. Wir sind daher der Überzeugung, dass das Rechenzentrum als verbaulichte Stadtgeschichte unbedingt schützenswert ist und auf die Denkmalliste des Landes Brandenburg gehört“, erklärte Norbert Müller bei der öffentlichen Vorstellung des Antrags.

Die Antragssteller heben in der Begründung hervor, dass das Rechenzentrum im Ensemble mit dem gerade unter Denkmalschutz gestellten Glockenspiel und der in Bau befindlichen Garnisonkirchenturmkopie sinnbildlich für Widersprüche der Potsdamer Nachwendegeschichte und -architektur stünden. Wenn nun das Rechenzentrum abgerissen würde, „verschwindet jener Kulminationspunkt, der die bisherigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse überhaupt erst sichtbar und zukünftige verhandelbar macht.“ Zudem sei das mittlerweile als Künstlerhaus genutzte Rechenzentrum eines der wenigen noch erhaltenen DDR-Sonderbauten in der Potsdamer Innenstadt. „Während DDR-Bauten in den vergangenen Jahren nach und nach aus den ostdeutschen Innenstädten verschwanden, stieg das gesellschaftliche und denkmalpflegerische Interesse am Erhalt dieser.“ Vor diesem Hintergrund sei die Denkmalschutzwürdigkeit neu zu bewerten. Durch die heutige Nutzung stehe „das Rechenzentrum wie kaum ein anderer Ort für die positiven politischen Veränderungen und die aktiv gestaltende Teilhabe der Bürger*innen, die durch die politischen Veränderungen nach 1990 erst möglich wurden.“ Für den Erhalt des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums mit den berühmten Fritz-Eisel-Mosaiken ergäbe sich daraus ein besonderes städtebauliches, zeithistorisches und künstlerisches Interesse.

Stefan Wollenberg hob die herausragende Bedeutung des Rechenzentrums als Ort der Kultur hervor: „Das Rechenzentrum hat als Ort der Zivilgesellschaft, des Zusammenkommens und der Kunst einen hohen gegenwärtigen Wert für Potsdam. Gleichzeitig steht es wie kaum ein anderes Gebäude für die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte. Es ist damit ein Denkmal der Zeitgeschichte und der Zivilgesellschaft.“

Am 15.09. demonstrieren Potsdamer:innen ab 17:00 vor dem Rechenzentrum für dessen Erhalt.

K.G.

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Roland Gehrmann, Sascha Krämer
AUTOR:IN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
LAYOUT
Kevin Scheidemann
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/ Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG